



Ende mit Work-Life-Balance

Am zweiten Tag der Industrie 2024 redeten Oppositionsführer **Friedrich Merz** und Finanzminister **Christian Lindner** im neuen Gasometer Forum auf dem EUREF-Campus Klartext. Merz wies zu Beginn seiner Rede darauf hin, dass der BDI die halbe Bundesregierung eingeladen hätte, aber nur einen der Opposition. Nun, die Regierungsvertreter sprächen jeder für sich, er, Merz, spricht für die Union allein. Der Seitenhieb kam an.



Merz redete sich alles von der Seele, was ihn belastet. Europa müssen groß denken und aus dem Kleinklein herauskommen. Keine Verschärfung beim Handel mit China. Die EU soll ihre alleinige Zuständigkeit für Handelsverträge wahrnehmen, um endlose Debatten in den Mitgliedsstaaten zu vermeiden. In Deutschland habe ein Abkommen mit Kanada, „dem europäischsten Land außerhalb Europas“ sieben Jahre gedauert.

Merz räumt ein, dass die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht erst mit dem Beginn der Ampel-Koalition zurückgegangen ist, aber, sie wurde durch die Ampel beschleunigt. Die Koalition aus SPD, Grünen und FDP kann keinen Fortschritt verzeichnen. Der CDU-Chef sprach sich deutlich dafür aus, dass Deutschland Industrieland bleiben muss. Dazu müssen - Achtung Reizwort – die Rahmenbedingungen stimmen. Geradezu genüsslich nahm Merz das Heizungsgesetz auseinander, mit dem sich der Wirtschaftsminister monatelang beschäftigte, anstatt sich um wichtigere Themen zu kümmern. Deutschland müsse schneller werden.

Auf der Agenda müssten die Fleißigen in diesem Land stehen und nicht die, die Probleme mit dem Arbeitsmarkt haben. Das Bürgergeld, das am 1. Januar

2023 in Kraft trat, ist für Merz schon jetzt ein Auslaufmodell. Vor allem müsse der Name weg. Auf der Internet-Seite der Bundesagentur für Arbeit erscheint das Bürgergeld als „**Werbung für ein sorgenfreies Leben**“, so Merz.



Sozialpolitik sei etwas anderes als Arbeitsmarktpolitik. Deutschland brauche eine höhere Produktivität. In Deutschland werde zu wenig gearbeitet. In der Schweiz arbeiten Erwerbstätige 188 Stunden länger als in

Deutschland, und zugleich liegt dort die Erwerbstätigenquote mit 79 Prozent etwas höher als in Deutschland, 77,2 Prozent (2023).

Menschen in Deutschland müsse es wieder Spaß machen, zu arbeiten. „**Arbeit ist nicht die unangenehme Unterbrechung der Freizeit**“, so **Friedrich Merz**. Und, wir brauchen wieder eine gute Stimmung in diesem Land. Dieser Aussage kann man nur zustimmen.



Siegfried Russwurm begrüßt Christian Lindner am Eingang zum EUREF-Campus - Fotos: Christian Kruppa and Jana Legler.

Einige Aussagen von Merz mögen ein wenig populistisch klingen, so ganz von der Hand weisen kann man sie nicht. Was Populismus anbelangt, steht Finanzminister **Christian Lindner** Merz in nichts nach. Er erzählt die Geschichte eines Metallarbeiters, der einen ordentlichen Tarifvertrag hat. Dieser Mann zahlt Steuern und fragt sich, was damit geschieht, wenn er durch die Innenstadt geht, und kaputte



Straßen und Infrastruktur sieht, und junge Männer herumsitzen, die arbeiten könnten. Lindner hält es für ein dringendes Problem, die Illegale Einwanderung zu stoppen und nur noch diejenigen ins Land zu lassen, die wir brauchen.

Ab 2028 wird Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel für Verteidigungsausgaben aus dem regulären Haushalt finanzieren müssen. Das sei möglich, ebenso wie den Investitionsbedarf von 400 Milliarden Euro aufzubringen. Lindner rechnet vor, dass seit zehn Jahren die Sozialausgaben steigen, von 2022 bis heute allein um 15 Milliarden Euro. Es wäre schön, so Lindner, wenn man sich einige Jahre mit dem bescheiden würde, was wir haben. Das würde helfen. Nicht erwähnt hat Lindner, dass es auch helfen würde, wenn alle Unternehmen, die in Deutschland Gewinne einstreichen, hier Steuern zahlen würden.



Wir sind einen Spitzenlebensstandard gewohnt. Dafür müssen aber Spitzenleistungen erbracht werden, fordert Lindner. Eine 4-Tage-Woche und Work-Life-Balance wird nicht funktionieren, um den Standard zu halten. Für Lindner ist die Verteufelung des Kapitalmarktes unverständlich. Kapitalmärkte sind kein Risiko. Unternehmen und Bürger dürfen nicht alles vom Staat erwarten, sondern müssen sich auch selbst kümmern.

Der Auftritt beim Tag der Industrie war für Lindner eine willkommene Abwechslung zu seinen gegenwärtigen Dreier-Gesprächen, womit die Haushaltsberatungen zwischen ihm Scholz und Habeck gemeint sind. Zu Kompromissen sei er bereit, Kompromisse dürfen aber nicht zur Selbstlähmung führen. Auch Lindner sei gespannt, wie die Gespräche ausgehen. Eine wesentliche Übereinstimmung mit Scholz und Habeck gebe es allerdings, alle drei sind der Meinung, dass etwas geschehen muss. Das ist ja schon mal ein Anfang.

Ed Koch